



Postulat Keller Irene und Mit. über die Überprüfung der Handhabe und der Vermittlung der politischen Bildung in der Volksschule

eröffnet am 20. Juni 2022

Auf Grund der nachfolgenden Überlegungen wird der Regierungsrat aufgefordert, zu prüfen, mit welchen verbindlichen Zielen, Grundsätzen und Vorgaben Kinder und Jugendliche in der gesamten Volksschule im Kanton Luzern sich vorerst auf spielerische Art, später mit fundierten Kenntnissen und Fähigkeiten unserer demokratischen Partizipationsmöglichkeiten bewusst werden und diese auch mit Freude anwenden können.

Begründung:

Die direkte Demokratie ist das zentrale Standbein der gut funktionierenden politischen Struktur unserer Schweiz. Wir sind damit nicht nur weltweit eine Ausnahme, sondern wir haben auch weltweit Erfolg damit. Wir wissen: Unsere Möglichkeit der politischen Mitwirkung ist eine einzigartige Ausnahme.

In der «Luzerner Zeitung» vom 19. August 2019 schreibt Susanne Wille eine Gastkolumne zum Thema «Zwei Drittel der 18–24-Jährigen gingen nicht wählen. Das muss uns zu denken geben». Ja – das muss uns zu denken geben. Wie Susanne Wille schreibt, gibt es verschiedene Möglichkeiten, dieses Thema anzugehen. Eine davon ist die Bildungsschiene. Denn: Man kann nur umsetzen, was man kennt und worin man kompetent ist. Wie sollen Mündige ihre Rechte wahrnehmen, und politische Prozesse in einer direkten Demokratie prägen, wenn sie nicht die Möglichkeit hatten, sie in den Volksschuljahren kennenzulernen?

Aus unserer Sicht ist es daher absolut zentral, bereits Kinder und später Jugendliche nicht nur zuhause in der Familie – was vielleicht eben auch oft nicht geschieht –, sondern flächendeckend in der Bildung an diese Möglichkeiten und Prozesse heranzuführen und demokratisches Entscheiden zu lehren.

Auf die Einführung der politischen Bildung in der Volksschule wird auch immer wieder von den Jugendparlamenten gepocht. Ebenso haben in der Anhörung zum Stimmrechtsalter 16 alle Vertretungen – seien es die staatspolitischen Kommissionen des National- und des Ständerates (SPK-N und SPK-S), die Wissenschaft, die Vertretungen der Jungparteien, der Kantone mit oder ohne Stimmrechtalter 16 – auf die fehlende Grundlage der politischen Bildung hingewiesen.

Während der Jahre der Volksschule (11 Kindergarten- und Schuljahre) soll ihnen das Entscheiden in demokratischen Prozessen, das Argumentieren und Aushandeln und schliesslich auch unser demokratisches Staatssystem vorerst spielerisch und später fundierter nähergebracht werden. Auf Grund dessen, dass dieses Wissen und dieses Können im Lehrplan 21 im überfachlichen Bereich angesiedelt sind, sind diese Kenntnisse aber nur marginal zu erlangen. Es besteht das Risiko, das Thema gänzlich zu umgehen. Zudem ist die in der Begründung der Abschreibung des Postulates P 101 über die Einführung eines obligatorischen Schulfachs «Politische Bildung» auf der Sekundarstufe I genannte Massnahme, die digitale Lerneinheit «Wer entscheidet im Kanton Luzern?» als obligatorisch zu bezeichnen, inzwi-

schen bereits nicht mehr gegeben. Als Alternative wurde eine Planungshilfe für Lehrpersonen erarbeitet, wie politische Bildung im Unterricht thematisiert werden kann. Diese Ausgangslage ist für uns nicht zufriedenstellend.

Keller Irene

Widmer Reichlin Gisela

Bernasconi Claudia

Scherer Heidi

Wedekind Claudia

Spörri Angelina

Dubach Georg

Zbinden Samuel

Schmid-Ambauen Rosy

Stadelmann Karin Andrea

Sager Urban

Huser Claudia

Rüttimann Daniel

Heeb Jonas

Zurbriggen Roger

Peyer Ludwig

Bucheli Hanspeter

Syfrig Luzia

Meier Thomas

Beck Ronny

Räber Franz

Galliker-Tönz Gertrud

Howald Simon

Schnider-Schnider Gabriela

Fanaj Ylfete

Bärtschi Andreas

Bucher Philipp

Schurtenberger Helen

Wermelinger Sabine

Betschen Stephan

Amrein Ruedi

Meier Anja

Sager Stephanie

Marti André

Boos-Braun Sibylle

Zemp Gaudenz

Misticoni Fabrizio

Waldvogel Gian

Cozzio Mario

Birrer Martin

Lehmann Meta